

Erzieher_Innenstreik in Kassel

Am 19. März streikten vor dem Kasseler Rathaus über 1.000 Beschäftigte des Sozialen Dienstes (Erzieher_Innen, Heilpädagog_Innen, Sozialarbeiter_Innen, Kinderpfleger_Innen, SozialassistentInnen u.a.) für mehr Anerkennung, eine Höhergruppierung und bis zu 10% mehr Lohn. Anschließend zog eine Demonstration durch die Innenstadt zum Streiklokal. Mit dabei waren auch über 20 Studierende der Erzieher_Innenausbildung an der Fachschule für Sozialpädagogik der Elisabeth-Knipping-Schule Kassel. Diese zeigten mit Transparenten und Schildern ihre Solidarität mit den schon ausgelernten KollegInnen und beteiligten sich an dem Warnstreik statt den Unterricht zu besuchen. Leider trauten sich etliche Auszubildende nicht, der Schule fern zu bleiben und Fehlzeiten zu riskieren, u.a weil sie Ärger mit dem BAföG befürchteten.

Bereits Anfang 2015 hatten angehende Erzieher_Innen (darunter organisierte Mitglieder von SAV und REVOLUTION) der Schule begonnen, das Thema in den Studierendenrat der Fachschule für Sozialpädagogik einzubringen, Informationen zu sammeln und Kontakt zu den Gewerkschaften ver.di und GEW sowie zu linken Organisationen und Parteien aufzubauen.

Auf einer einberufenen Vollversammlung der Fachschule Ende Februar 2015 informierten eine Betriebsrätin und Erzieherin, eine ver.di Funktionärin und der Studierendenrat über die Forderungen und den bevorstehenden Arbeitskampf sowie allgemein zum Thema gewerkschaftliche Organisation. Eine überwältigende Mehrheit der Anwesenden sprach sich dann anschließend in einer Abstimmung dafür aus, dass der Studierendenrat den Arbeitskampf solidarisch begleiten sollte.

Am 26. März trafen sich dann linke Organisationen, Mitglieder des Studierendenrates, Gewerkschafter_Innen und Arbeiter_Innen in sozialen Berufen zur konstituierenden Sitzung eines Solidaritätskomitees für die Streikenden. Ziel soll es sein den Streik auch von außen zu unterstützen und sich zu vernetzen. Am 8. April folgte dann in Kassel der zweite Warnstreik

mit einer – auch ferienbedingten – geringeren Beteiligung von insgesamt ca. 700 Streikenden.

Momentan verrät die Gewerkschaftsführung von ver.di jedoch sowohl die streikenden angestellten Lehrer_Innen und die GEW, als auch die ArbeiterInnen im Sozialen Dienst, denn sie hat bereits in den Auseinandersetzungen der Angestellten des Landes einem Tarifvertrag zugestimmt. Damit nimmt sie den Druck aus dem Kessel und verhindert effektive Streiks. Noch dazu ist der Tarifvertrag mit mickrigen Lohnzuwächsen ziemlich bescheiden. Wir rufen die Angestellten der Länder dazu auf bei der Abstimmung über den Tarifvertrag mit NEIN zu stimmen und die Streiks im Sozialen Dienst und bei den angestellten Lehrer_Innen auszuweiten.

Ein Artikel von Alex DeLarge, REVOLUTION Kassel